

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Schulz**,
Dresdener-Commisnummer 25 241
Für den Verleger: **Waldemar Schulz**

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Döbeln bei täglich zweimaliger Auslieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 25,- M., vierteljährlich 75,- M.
Die einseitige 2 mm breite Zeile 5,- M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter
Wochen- u. Monatsnummern, 1-paltige Zeilen u. Verkäufe 25,- M. Druckgebühren
Leit. Auswärtige Beiträge gegen Vorauszahlung. Einzelnnummer 1,50 M.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Morgenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von **Waldemar Schulz** in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Innererlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

BANKHAUS
HERMANN SCHULZ,
Fernsprecher: **Kommanditgesellschaft** Fernsprecher:
14026, 14034, 14038 **12 Schreiberbergasse 12** Fernverkehr 20904
Sämtl. bankmäßigen Geschäfte. Finanzielle Beratung

Max Glöss Nachf.
Morgenstraße 18.
**Beleuchtungskörper, Elektrische Platten,
Kochtöpfe, Schütte-Lanz-Kochplatten.**

Beginn der Genue-Debatten in Paris.

Tardieus Angriffe auf die Regierung.

Paris, 23. Mai. Kammer und Senat haben heute nachmittags ihre Arbeit wieder aufgenommen. In der Kammer hielt Kammerpräsident Mould Peret die Trauerrede für den während der Ferien verstorbenen langjährigen Präsidenten des Hauses, Paul Deschanel. Namens der Regierung widmete Ministerpräsident Poincaré Worte der Anerkennung und Trauer für den verstorbenen ehemaligen Präsidenten der Republik. Im Senat hielt Senatspräsident Bourgeois die Gedächtnisrede. Sowohl die Kammer als auch der Senat haben zum Zeichen der Trauer die Sitzung ausgeschrieben.

Eine Stunde später ist die Kammer wieder zusammengetreten und hat sofort beschlossen, in die Diskussion der eingebrachten Interpellationen einzutreten. Zu den vorliegenden neun

Interpellationen über die auswärtige Politik der Regierung und über die Genue-Konferenz

ist eine zehnte hinzugekommen, die der Sozialist Marcel Sembat eingebracht hat. Nachdem Ministerpräsident Poincaré sich zur Beantwortung der Interpellationen bereit erklärt hatte, ergriff der Abg. Yacotte das Wort und sprach in der ihm eigenen scharfen Weise über den Petroleumkrieg zwischen England und Amerika, dessen Kosten, wie so oft, Frankreich zu tragen habe.

Herrn Tardieu erinnerte daran, ein amerikanischer Schriftsteller habe erklärt, der

Vertrag von Rapallo

zeige, daß Rußland und Deutschland glauben, die durch den Krieg geschaffene Lage sei beseitigt. Entspreche dieses amerikanische Wort der Wahrheit? Viele Verhandlungen seien zwischen den Alliierten und Deutschland geführt worden. Sie hätten die Rechte vermindert, die Frankreich aus dem Versailler Vertrag hätte erwarten können, und schließlich habe man sich in Genue an die gleiche Tafel mit den Vertretern der Sowjets gesetzt. Das könne nicht so weitergehen. Bei jeder diplomatischen Verhandlung werde das französische Recht ohne Gegenleistung veräußert. Es sei eine anglo-sächsische These, daß es weder Sieger noch Besiegte geben solle, daß man über die Vergangenheit den Mantel der Vergessenheit legen solle und daß man nur den wirtschaftlichen Materialismus in Betracht ziehe. Englische und amerikanische Bankiers bemühten sich, dieser These zum Siege zu verhelfen. Ihre Aufgabe sei durch die Tatsache erleichtert worden, daß die Regierungen in Frankreich oft dazu beigetragen hätten, die

Verträge zu diskreditieren,

die die Rechte Frankreichs sicherstellen. Dies allein sei in Genue schärfer denn je in Erscheinung getreten. Die französische Regierung habe zwar die Vorsicht gehabt, sicherzustellen, daß von den Reparationen und von der Entwertung nicht gesprochen werde; aber bei dem von den Eng-

ländern vorgeschlagenen Friedenspakt sei die gleiche Sicherstellung bezüglich der Vorbereitung der Entwertung nicht erfolgt.

Tardieu betonte den ernsten Charakter des Vertrages von Rapallo. Er sei nicht nur ein Zweibund, sondern durch die Regierung von Angora ein Dreibund. Er habe um so größere Bedeutung, als durch die wirtschaftliche Hilfe Rußlands die Entwertungsfähigkeit unnütz werde. Er wundere sich, daß nach der Veröffentlichung dieses Vertrages Frankreich die Lieferung von Waggonen und Lokomotiven an Rußland habe ins Auge fassen können. Er befürchte, die französische Delegation habe nach der Veröffentlichung dieses Vertrages nicht die Haltung eingenommen, die notwendig gewesen wäre. Tardieu schloß ab, indem er die Zurückziehung der Unterschrift Frankreichs unter das

Memorandum an die russische Delegation

und ersucht den Ministerpräsidenten Poincaré, der eine Bewertung machen will, ihn nicht zu unterbrechen. Wenn Poincaré nicht drei Tage verloren hätte, bevor er sich der These Yacottes angeschlossen habe, würden Frankreich und Belgien noch andere Mächte für ihren Standpunkt gewonnen haben.

Ministerpräsident Poincaré bemerkte: Die französische Regierung sei vollkommen frei, nicht nach dem Haag zu gehen. Sie werde jedenfalls nichts ohne die Zustimmung des Parlaments unternehmen.

Tardieu spricht ab, indem er die

wirtschaftlichen Solidarität,

die während des Krieges die Alliierten gerettet habe und die jetzt nicht mehr vorhanden sei. Er beklagt, daß die englische und amerikanische Regierung dem Druck ihrer Geschäftsleute nachgeben. Daraus erkläre sich die Wechselkurskrise und auch die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten. Die Regierung hätte erklären müssen, daß der Krieg keine Frage des wirtschaftlichen Materialismus gewesen sei, sondern daß die Entente gefestigt habe, um die Völker von Elend-Verdrängen und Höhen und von Polen zu befreien und daß bei den französischen Soldaten die wirtschaftliche Frage niemals den Sieg über die Frage der internationalen Solidarität davongetragen hätte. Wenn Frankreich verlange, daß man sein Recht nicht antaste, so sei es nicht wegen des eigenen Ruhms, sondern wegen der allgemeinen Sicherheit Europas halbe man die

Nacht am Rhein.

Es kommt zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Sozialisten Daudet und den Sozialisten, so daß Tardieu sich nur mit Mühe Gehör verschaffen kann. Er sagte zum Schluß, seit 2½ Jahren streige man immer wieder herunter und wenn man die Methode nicht ändere, werde das fortgesetzt. Man müsse nicht, wie in Genue, ein Zusammenarbeiten mit den Feinden von gestern, sondern mit den Alliierten suchen. — Die Weiterberatung wird dann auf morgen, Mittwoch, vertagt. (W. T. B.)

Banderlip über die amerikanische Anleihe.

Berlin, 23. Mai. In einem Artikel der „Voll. St.“ erklärt der bekannte Bankier Banderlip über die Hilfe, die Amerika Europa bringen kann, u. a., die eifrigste Aufgabe sei die, die deutschen Kriegsschulden so schnell wie möglich von dem Gespenst eines Zusammenbruchs der deutschen Finanzen oder einer militärischen Invasion seitens Frankreichs befreit werde.

Die vorgeschlagene Anleihe betrage 4 Milliarden Goldmark, die mit 1 Prozent jährlich amortisiert werden und folgenden Zwecken dienen soll:

2½ Milliarden Goldmark werden den Alliierten als Vorkaufzahlung auf die Kriegsschuld übergeben, um die Schuldforderung für vier Jahre zu decken.
500 Millionen dienen zur Stabilisierung der Wechselkurs.

500 Millionen sollen verwendet werden, um Forderungen für beschlagnahmtes Eigentum fremder Bürger zu begleichen.
500 Millionen sollen der Befriedigung der ersten Anforderung für den Anleiheleihe dienen.

Weiter erklärte Banderlip, Frankreichs Versuch, um jeden Preis von Deutschland Kriegsschuldener zu bekommen, sogar von einem geräumtem Deutschland, das nicht mehr arbeitsfähig wäre, sei ebenso töricht wie der Bolschewismus. Ein solcher Versuch sei nicht anders als Bolschewismus. Es gelte, die produktiven Kräfte Deutschlands zu retten. Nur wenn sie gerettet würden, könne Deutschland jemals eine große Entschädigung zahlen. Eine große Entschädigung könne nicht durch Einmarsch ins Ruhrgebiet gesichert werden oder durch das auf den Nachschub des Vertrages von Versailles besche. Nur wenn man die Kriegsschuldener so gestalte, daß sie tragbar sei, könne ein nennenswertes Ergebnis erzielt werden.

Über den Standpunkt Descaerix äußert sich „Der Nouvelle“: Eine etwaige Befreiung des Ruhrgebietes durch Frankreich würde die Arbeit der Finanzsachverständigen unmöglich machen. Amerika und die Neutralen würden Deutschland nur Geld leihen, wenn ihr Geld nicht gefährdet werde. Frankreich und Belgien müßten jetzt endlich die Wahl treffen; sie müßten sich gegenüber schluß machen, ob sie die Mitwirkung der Neutralen für den Wiederaufbau verlangen oder allein Expeditionen nach Deutschland unternehmen

wollten. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde nur große Hindernisse bringen und einen neuen Marxkurs zur Folge haben, der die Verhandlungen des Wiederaufbaukommissionen nur erschweren könnte.

Es liege zweifellos im Interesse Frankreichs und Belgiens, sich mit Amerika und den neutralen Geldgebern zu verständigen. Diese Verständigung werde allerdings nicht leicht sein. Die Geldgeber würden zweifellos verlangen, daß die Verbündeten ein für alle mal auf militärische Sanktionen gegen Deutschland verzichten. In belgischen Kreisen denke man an eine Anleihe in zwei Abschnitten von je 4 Milliarden Goldmark.

Paris, 23. Mai. Die „Chicago Tribune“ meldet, die Reparationskommission habe beschlossen, daß das letzte Angebot von Dr. Hermes allen Ansprüchen der Kommission praktisch entspreche. Die Kommission werde keine weiteren deutschen Vorschläge angeheißt erhalten, bis Morgan und die anderen Bankiers in Paris im Laufe dieser Woche ihre Sitzungen abgehalten haben.

Das Reichskabinett und die Reparations-Verhandlungen.

(Druckmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Mai. Die Beratungen des Reichskabinetts über die Reparationsverhandlungen des Reichsfinanzministers Dr. Hermes wurden heute vormittag fortgesetzt. An den Beratungen nimmt auch der aus Paris eingetretene Ministerialdirektor Brand vom Reichsfinanzamt teil, der den Besprechungen in Paris bis jetzt beigewohnt hat. Bevor eine Entscheidung des Reichskabinetts nicht vorliegt, kann von einer amtlichen Stelle eine Mitteilung darüber, ob der Verlauf der Verhandlungen günstig oder ungünstig zu beurteilen ist, nicht abgegeben werden.

Die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 23. Mai. Der Vizepräsident des Reichstags, dessen Sitzung Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Rathenau beizuwohnen, hat heute beschlossen, daß der Auswärtige Ausschuss erst nach der Rückkehr des Dr. Hermes aus Paris, die am Donnerstag nachmittags erwartet wird, am Freitag und Sonnabend vormittags Sitzungen zur Besprechung der Genue-Konferenz und der obersten Fragen abhält. Eine große politische Aussprache im Plenum wird voraussichtlich am Montag und Dienstag der nächsten Woche stattfinden.

Morgan und die Pariser Entscheidung.

In Paris tritt heute mit dem Beginn der Beratungen des Reparationsanleiheauschusses die Reparationsfrage, augenblicklich die wichtigste Frage Europas, in ein entscheidendes Stadium. Von dem Verlauf und dem Umfang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob der Dollar endlich für einige Zeit eine rückläufige Bewegung antritt, ob die Preiswerte wieder einmal die rasche Bewegung einstellt, ob wenigstens für eine gewisse Zeit die Möglichkeit an einer gesünderen Entwicklung der deutschen Wirtschaft ansetzt. Für die deutsche Industrie und Handel, das ganze deutsche Wirtschaftsleben ist abhängig von den Entscheidungen, die in diesen Tagen in Paris eingeleitet werden, und die ganze europäische Politik steht still — das hat das Ende der Genue-Konferenz und die Vertagung der Anleihefrage bis Juni gezeigt — bis die Entscheidung über die Reparation getroffen ist. Die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung ist allerdings wegen der Schwierigkeit des ganzen Problems nicht groß und auch die internationale Finanz sieht nicht sonderlich hoffnungsvoll gestimmt zu sein. Das zeigt die letzte Aufwärtsbewegung des Dollarkurs. Außerdem läßt aber auch die Person J. P. Morgan manche Befürchtungen offen, da er der Vertreter jenes Konzerns ist, der schon vor dem Kriege vor exorbitanten finanziellen Machenschaften höchst ansehnlicher Art zurückgeschreckt ist und der im Kriege besonders Frankreich umfangreiche Kriegsgelder vorgeschossen hat. Eine weitere Gefahr liegt noch in der Richtung der deutschen Politik, die anscheinend eine Zwischenregelung sucht — man beachte das mit dem Schlagwort Atempause — anstatt eine endgültige Entscheidung auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit, die nach dem Versailler Vertrag zu berücksichtigen ist, herbeizuführen.

Tadel kommen die bisher durchgeführten Pläne Morgans einer endgültigen Regelung durchaus entgegen, und Aufgabe des deutschen Verhandlungsteilnehmers, Staatssekretär Bergmanns, müßte es sein, mit allen Kräften auf diese Regelung hinzuwirken. Morgan soll beabsichtigen, in keine Anleihe zu willigen, wenn nicht von vornherein jede weitere Befreiung deutschen Gebietes ausgeschlossen wird, er soll ferner darauf bestehen, daß das ganze Reparationsproblem zur Erörterung kommt und soll mit Einverständnis der amerikanischen Regierung eine Herabsetzung der Reparationssumme von 132 Milliarden auf 2½ Milliarden Pfund Sterling, also auf etwa 50 Milliarden Goldmark verlangen wollen. Es mag dahingestellt bleiben, wie weit Morgan geonnen ist, diese Forderungen wirklich durchzusetzen; daß in der amerikanischen Finanz die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Reparationssumme erkannt wird, kann wohl nicht zweifelhaft sein, zumal sich diese Forderungen durchaus auf der Linie der mehrfach gemachten englischen Herabsetzungsvorschläge bewegen. Die allgemeine Stimmung ist einer Neuauflage der Reparationssumme geneigt, und um so mehr ist es unsere Aufgabe, diese Stimmung bei den Anleiheverhandlungen zu fördern; denn eine internationale Anleihe ohne Berücksichtigung der Forderungen, die man — mit Recht oder mit Unrecht, hebt dahin — Morgan aufreißt, ist eine riesige Gefahr für uns, weil sie uns, jedenfalls nach anfänglicher Befreiung der Saluta, die Atempause nicht bringen kann, sondern uns nur immer tiefer in die Schuldenfalle hineintreibt. Bedinglich von diesen großen Gesichtspunkten aus ist die Anleihefrage in einer für uns vielleicht erprießlichen Art zu lösen, nur bei erheblicher Herabsetzung der Reparationslasten könnte eine Anleihe für uns eine Erleichterung werden und unserer Wirtschaft helfen. Mit Hilfe der Morgan-Verhandlungen wäre auch bei dem dringenden Geldbedürfnis der Franzosen eine Abwendung der Sanktionsgefahr möglich gewesen, und sie wäre damit höchstwahrscheinlich billiger erlangt worden, als es jetzt anscheinend der Fall ist. Die ablehnende Haltung des Reichstages auf Grund neuer riesiger Zugeständnisse, bei denen eine ungeheure Verschärfung der Zwangsanleihe den Hauptfaktor an bilden scheint, vorübergehend gelungen ist.

Allgemein rechnet man mit einer Anleihe von 4 bis 5 Milliarden Goldmark bei einem Zinssatz von 8 bis 10 Prozent, so daß sich eine jährliche Zinsleistung von etwa 500 Millionen Goldmark ergeben würde. Diese Zinsen aufzubringen, wird um so schwieriger werden, als daneben noch das Problem der Sachlieferungen besteht. Heute betragen unsere baren Rentenleistungen jährlich 720 Millionen Goldmark. Der Gewinn würde sich also nur auf etwa 220 Goldmark belaufen, denen gegenüber die schweren Verpflichtungen, die wir mit der Anleihe auf uns nehmen, allzu schwer ins Gewicht fallen. Dazu kommt die Tatsache, daß die Zinsen bei sich bessernder deutscher Saluta und damit im Gefolge bei Verschlechterung der deutschen Konjunktur aufzubringen wären. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß eine wesentliche Befreiung des Marktes wie auch jede Stabilisierung der Währung durch eine stärkere Wirtschaftskrise hindurchführt, da die Konkurrenz mit dem Auslande zum weitaus größten Teile auf der billigeren Produktion beruht. Mit anhaltender Befreiung der Mark aber würde die lediglich auf Papiergewinnen im